



Soldaten in der Nähe der Residenz von Oppositionsführerin Suu Kyi: Keine Bonner Hilfe für Dissidenten

Burma

Total unpolitisch

Die Militärdiktatur greift brutal durch, die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi ruft zum Boykott – doch Deutsche investieren.

Wenn der Siemens-Manager Erhard Ebel bedenkt, welche Verträge er in der Zukunft abschließen könnte, gerät er ins Schwärmen: „Großartig, großartig.“

Denn seine Wahlheimat Burma, das sich Myanmar nennt und eines der ärmsten Länder Asiens ist, benötigt nahezu alles, was sein Unternehmen im Angebot hat: Telefonleitungen, Schaltstellen, Computer, Lokomotiven, ganze Kraftwerke. „Ich hoffe, daß dieses Land ein großer Markt wird“, sagt Ebel.

Auch der Generaldirektor des vornehmen Inya-Lake-Hotels in der Hauptstadt Rangun, Manfred Keiler, denkt in großen Maßstäben. Auf lange Sicht, meint der Nürnberger, könnte Burma mit seinen Hunderten großen Pagoden, darunter der goldenen Schwedagon in Rangun, und langen unberührten Stränden bei deutschen Touristen so populär werden wie Thailand:

„Wir haben eine extrem gute Perspektive.“

Der Optimismus der beiden Deutschen ist ansteckend: Nachdem lange Jahre die Firma Fritz Werner mit den Militärs vor allem Rüstungsgeschäfte machte, ist in den letzten Monaten „das Interesse an Burma spürbar gestiegen“, wie der Asien-Chef der Deutschen Bank, Jürgen Fitschen, feststellt.

Trotz Massenverhaftungen, drakonischer Strafen für Dissidenten und Zwangsarbeit für die Landbevölkerung, trotz der Drohungen Washingtons und des Europäischen Parlaments, das Land mit Handelsanktionen zu belegen, meinen immer mehr Unternehmer Burma nicht mehr ignorieren zu können: Zu niedrig sind die Löhne der einheimischen Arbeiter (rund 20 Dollar im Monat), zu lukrativ die möglichen Profite, die das 47-Millionen-Einwohner-Land

mit seinen reichen Bodenschätzen bietet. Wirtschaftsdelegationen erkunden das Terrain, die Robert Bosch GmbH zeigte ihre Produkte im Mai auf einer Industrieausstellung in Rangun und versuchte das Publikum sinnigerweise mit Videos über die Wirkung von ABS-Bremsen im Schnee zu beeindrucken. Der Hamburger Ostasiatische Verein (OAV), der Kreditinstitute und Firmen in Fernost vertritt, will Ende des Jahres ein Büro eröffnen.

Die Textilfirma Triumph gründete jüngst mit einem burmesischen Partner ein Joint-venture. Die Deutsche Bank eröffnete im Mai eine Repräsentanz: „Wir sind vor allem gekommen, um zu beobachten und das Land verstehen zu lernen“, sagt Manager Fitschen. „Der Zeitpunkt ist genau richtig.“

Neuerdings repariert und verkauft BMW mit dem britischen Neuerwerb

Landrover Automobile über die Partnerfirma Myanmar Astra Chinthe Motors in Rangun. Im Schauroom warten zwei Landrover und ein weinroter BMW-Diesel der Dreier-Reihe auf Käufer (Sonderangebot: 46 000 US-Dollar, Importsteuern inklusive). An der Wand werben Fotos von BMW-Werken in Deutschland, von der Decke hängen bunte Fahnen mit der Aufschrift: „Oktoberfest Promotion“. Und die



Schwedagon-Pagode in Rangun: „Alles stabil“

C. LOVINY / GAMMA / STUDIO X

Lufthansa-Tochter Condor wird von November an Rangun direkt anfliegen.

Unkundigen deutschen Unternehmern ebnet der Apotheker Hannes Schlemmer den Weg zu Generälen und Vertrauten. Der Bayer importiert seit über zehn Jahren Medikamente nach Rangun und ist für gute Kontakte zum früheren Diktator Ne Win bekannt. Seine Handels GmbH liegt in unmittelbarer Nachbarschaft der Ne-Win-Villa am Inya-See. Schlemmer lobt das „gute Investitionsklima“ des Landes: Alles sei „stabil“, Handelsgesetze würden nicht wie in Vietnam nachträglich verschärft.

Längst sind auch jene Glücksritter eingetroffen, die in Militärdiktaturen das schnelle Geschäft wittern und den Generälen eifrig nach dem Munde reden. Im Hotel Aurora, geführt von der Gattin eines Bonner Diplomaten, schwadroniert ein deutscher Berater über die „Dummheit der Lady Aung San Suu Kyi“. Die mit einem Briten verheiratete Regimegegnerin, für ihren unermüdlichen Einsatz um die Demokratie 1991 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, habe eigentlich nichts in Burma zu suchen und störe nur die Geschäfte.

„Demokratische Ideale haben wir, sonst würden wir nicht eingesperrt“

Die Deutschen treibt vor allem die Sorge, der Konkurrenz aus Singapur, Japan und Hongkong kampflos das Feld zu überlassen. „Wir müssen da aufpassen, nicht wieder den Anschluß zu verpassen“, argumentiert Philipp Graf von Walderdorff vom Deutschen Industrie- und Handelstag in Bonn. Der Aufruf von Oppositionsführerin Suu Kyi an Investoren und Urlauber, vorerst nicht nach Burma zu kommen, weil ausländisches Geld nur den Machthabern, nicht aber den Menschen nütze, irritiert die deutschen Unternehmer in Rangun nicht.

Wenn die Amerikaner nicht Kuba boykottieren würden, wäre Fidel Castro kaum mehr an der Macht, mit Touristen und Geschäftsleuten hätten sich westliche Werte durchgesetzt, meint Banker Fitschen. Auch in Burma „kommt der Wandel von außen. Nur Kontakte können dazu beitragen, daß sich die andere Seite ändert“. Fitschen denkt geopolitisch. Wenn man Burma „in der Ecke“ lasse, würden die wirtschaftlich stark engagierten Chinesen das Land noch mehr in ihre politische Einflußzone ziehen. „Isolierung führt zum Heimspiel für Peking.“

Burma-Kenner wie Peter Traub von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Bangkok finden solche Argumente allerdings dürftig: Nirgendwo in der Region sei eine Diktatur so brutal wie die des „Staatsrates zur Wiederherstellung

von Recht und Ordnung“, der die Ergebnisse der Wahlen 1990 ignorierte. Aung San Suu Kyi wurde bereits 1989 unter Hausarrest gestellt, der erst 1995 wieder aufgehoben wurde – vorübergehend.

Die Begründung, mit Ausländern gelangten „demokratische Ideale und moderne Ideen ins Land“ (OAV-Länderreferent Wolfgang Niedermark), hält ein Dissident für abwegig: „Demokratische Ideale und moderne Ideen haben wir bereits. Sonst würden wir ja nicht eingesperrt sein.“

Hundert Oppositionelle sitzen im Gefängnis. Im Land herrscht eine Atmosphäre der Angst. Wer sich als Sympathisant der Regimekritiker zu erkennen gibt, muß mit Haftstrafen zwischen 5 und 20 Jahren rechnen. Der 70jährige Vize der oppositionellen Nationalen Liga für Demokratie, U Kyi Maung, wurde vergangenen Mittwoch festgenommen, seine Parteichefin Suu Kyi darf ihr Haus nun gar nicht mehr verlassen.

Die Bonner Regierung bekundet Sympathie für die Regimekritiker – doch den Worten läßt sie nicht immer Taten folgen. Mitte vergangener Woche wurde bekannt, daß die Deutsche Telekom der burmesischen Opposition Sendekapazitäten für ihr von Norwegen ausgestrahltes Radioprogramm verweigerte; „Voice of Burma“ hatte gehofft, mit Hilfe der Deutschen ihr Programm mit höherer Sendeleistung als bisher auf Kurzwelle nach Burma zu übertragen. Das Auswärtige Amt riet der Telekom wegen „grundsätzlicher Bedenken“ ab. Einem „so deutlichen Hinweis der Bundesregierung“ könne sich ein Unternehmen nicht entziehen, sagte ein Telekom-Sprecher.

Noch allerdings weigert sich Bonn, Entwicklungsgelder freizugeben und Geschäfte mit Hermes-Krediten abzusichern. Auch Weltbank, Internationaler Währungsfonds und Asiatische Entwicklungsbank sperren sich bislang, die Generäle mit Krediten zu unterstützen.

Die Deutschen in Burma rechnen von 1998 an mit Besserung: Wenn erst die französische Total und die US-Firma Unocal eine Gas-Pipeline nach Thailand gelegt haben und die Einnahmen aus den Energieverkäufen die Kassen der Generäle füllen, so das Argument, werden sich Vertragsabschlüsse häufen.

Um schon jetzt gut ins Geschäft zu kommen, erwiesen sich die BMW-Leute als besonders eifrig. Im Mai, als die Junta gerade mehr als 200 Dissidenten ins Gefängnis steckte, schenkten sie den Generälen drei Polizei-Motorräder. „Motorräder für die Verkehrspolizei sind keine militärischen Produkte“, verteidigt Sprecher Ralf Hussmann das heikle Präsent.

Der Verkauf von BMW und Landrover an Polizei und Militär, versichert Hussmanns Kollege Julian Thomas in Rangun, stehe „nicht oben auf der Prioritäten-Liste“. Und überhaupt: „Wir sind total unpolitisch.“ □